

Längerfristige Arbeitsmarktentwicklung und Gewerkschaftspolitik

Die Krise der Jahre 1975/76 brachte der Schweiz einen Verlust an Arbeitsplätzen und Produktionseinbussen, mit denen unser Land unter den übrigen kapitalistischen Industrieländern eine traurige Spitzenposition einnimmt. Zwar blieb die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit relativ niedrig; die durchschnittliche Arbeitslosenzahl betrug 1976 20'700 Erwerbslose, das heisst etwa 0,7 Prozent der Erwerbstätigen. Der tatsächliche Rückgang der Arbeitsplätze war in der Schweiz jedoch erschreckend: so kann anhand des Index der Gesamtbeschäftigung berechnet werden, dass die Erwerbsbevölkerung von 1973 bis 1976 um etwa 372'000 Berufstätige abgenommen hat. Davon waren mit 228'000 Berufstätigen vor allem ausländische Arbeitskräfte betroffen. Die etwa 146'000 betroffenen Schweizer setzen sich zum Teil zusammen aus registrierten Ganzarbeitslosen, aus Ganz- und Teilzeitbeschäftigten, welche die Erwerbstätigkeit aufgaben und sich nicht als arbeitslos registrieren liessen (zum Beispiel Zweitverdiener) und aus altershalber ausscheidenden Erwerbstätigen, deren Arbeitsplätze nicht mehr besetzt wurden und somit den neu ins Berufsleben tretenden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Trendumkehr.

Die entscheidende Frage angesichts der jüngsten Krise ist die, ob die Schweizer Wirtschaft in den nächsten Jahren einen solchen Aufschwung verzeichnen kann, dass ein Teil der verlorengegangenen Arbeitsplätze wieder geschaffen werden kann, so dass alle arbeitswilligen Schweizer und jene Ausländer, die sich heute noch in der Schweiz befinden, beschäftigt werden können. Angesichts der wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz kann diese Frage natürlich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung in der ganzen Welt gesehen werden. Die Schweizer Wirtschaft wird sich deshalb - bei allen regionalen Besonderheiten, die später noch zur Sprache kommen werden - auch längerfristig mit ähnlichen Schwierigkeiten wie die anderen hochentwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas auseinandersetzen müssen.

Zweifellos setzte nach den Rezessionen der Vergangenheit jeweils ein Wirtschaftsaufschwung ein (zum Beispiel in den fünfziger und sechziger Jahren), der die vernichteten Produktivkräfte rasch wieder ersetzte. Die Krise der Jahre 1975/76 scheint jedoch nicht nur konjunkturelle Ursachen zu haben: der Rückgang der Arbeitsplätze in der Schweiz muss auch im Zusammenhang mit der veränderten Arbeitsteilung auf den Weltmärkten und allgemeinen Stagnationstendenzen auf dem Inlandmarkt gesehen werden. Es handelt sich also nicht nur um einen kurzfristigen Konjunkturéinbruch, sondern auch um längerfristige strukturelle Krisenerscheinungen.

Es soll im folgenden gezeigt werden, dass für die Schweiz kaum Chancen bestehen, auch nur einen Teil der 373'000 vernichteten Arbeitsplätze wieder zu ersetzen. Im Gegenteil: wendet man die im Ausland gemachten Untersuchungen auf die Schweiz an und ergänzt diese durch Überlegungen über die Schweizer Wirtschaftsstruktur, so ist eine eigentliche Trendumkehr festzustellen, welche für den Arbeitsmarkt längerfristig ernste Folgen haben wird.

Die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung - in der Schweiz kaum untersucht.

Um gut abgesicherte Aussagen über die zukünftige Arbeitsplatzentwicklung machen zu können, müssen die Wachstumsaussichten der einzelnen Branchen untersucht werden. Hierzu benötigen wir eine Analyse der vergangenen Strukturverschiebungen. Zusammen mit einer Untersuchung über die branchenmässigen Standortvoraussetzungen und den übrigen Kapitalverwertungsbedingungen im Wirtschaftsraum Schweiz könnten dann Schlussfolgerungen gezogen werden über die branchenmässige Arbeitsplatzentwicklung und somit auch der zukünftigen Beschäftigungsentwicklung. In unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, wurden solche Analysen wenigstens ansatzweise gemacht und es gibt dort mehr oder weniger zuverlässige, offizielle Prognosen der Arbeitsplätze in den verschiedenen Bundesländern. In der Schweiz wurde in neuester Zeit leider kein Versuch mehr gemacht, eine solche Einschätzung der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung vorzunehmen. Die branchenmässige Entwicklungsperspektiven der Kneschaurek-Gruppe sind überholt. Die Arbeit an der vom Konjunkturdelegierten in Auftrag gegebenen neuen Perspektive wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bevor brauchbare Resultate vorhanden sind. Die Arbeitsplatzprognosen des Instituts für Orts-, Regional- und Landesplanung, die Anfang der siebziger Jahre innerhalb der raumplanerischen Leitbilder der Schweiz veröffentlicht wurden, können nicht mehr ernst genommen werden, da sie das Wachstum der Industriebeschäftigten aus den fünfziger und sechziger Jahren einfach in die Zukunft projizierten. An den Universitäten ist das Studium der Arbeitsmarktprobleme bedingt durch die Wachstumseuphorie der Nachkriegsjahre unterentwickelt.

Die wenigen Wissenschaftler, die sich mit den Entwicklungsperspektiven des Schweizer Arbeitsmarktes beschäftigen, tun dies innerhalb privater Institutionen: Die Prognos AG, Basel, veröffentlicht zum Beispiel entsprechende Zahlen über die Schweiz und private Raumplanungsbüros (zu einem kleineren Teil auch Hochschulinstitute) erarbeiteten Arbeitsplatzprognosen innerhalb von Entwicklungsprogrammen für einzelne Regionen.

Für die Formulierung einer zukünftigen Gewerkschaftspolitik wäre es äusserst notwendig, mehr über die wirtschaftlichen Perspektiven und die Arbeitsmarktentwicklung in der Schweiz und in den einzelnen Teilgebieten zu wissen. Dabei geht es weniger um langfristige, exakte Prognosedaten, die oft nur eine Scheingenaugigkeit vorgaukeln. Nötig ist aber eine realistische Einschätzung der Entwicklungsaussichten der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre. Eine solche wissenschaftlich fundierte Einschätzung ist für die Gewerkschaften eine wichtige Voraussetzung, um auf folgenden Gebieten eine längerfristige Politik zu formulieren und sich entsprechend vorzubereiten:

- Gewerkschaftspolitische Vorschläge beziehungsweise Alternativen zur Konjunktur- und Strukturpolitik.
- Beschäftigungspolitik, sektorale und branchenmässige Arbeitsplatzsicherung.
- Gewerkschaftliche Vorstellungen über längerfristige Investitions- und Technologiepolitik.
- Stellungnahme zu Rationalisierungs- und Konzentrationsbestrebungen in den verschiedenen Branchen.
- Gewerkschaftliche Aktivitäten in wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten, Regionalpolitik.

Es sind jedoch auch innergewerkschaftliche Probleme, die von der längerfristigen Branchen- und Arbeitsmarktentwicklung abhängen und eventuell neu überdacht werden müssen, zum Beispiel:

- Gewerkschaftliche Arbeit gegenüber jenen Arbeitnehmerkategorien, die von einer krisenhaften Entwicklung und von Strukturveränderungen besonders betroffen sind.
- Gewerkschaftliche Arbeit gegenüber neueren, schlecht organisierten Arbeitnehmerkategorien (Kaderberufe, Techniker, Wissenschaftler usw.).

Die Strukturkrise begann schon vor 1974.

Während der Wirtschaftskrise überlagerten sich von 1973 bis 1976 strukturelle und konjunkturelle Probleme, die an sich schon schwierig voneinander zu trennen sind. Überdies ist das in der Schweiz verfügbare Zahlenmaterial äusserst mangelhaft.

Die Betriebszählungsergebnisse von 1965 und 1975 zeigen einen weiteren starken Rückgang der Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Sektor (Sektor 1), der sich - entgegen der offiziellen Landwirtschaftspolitik - auch in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird (vergleiche Tabelle 1).

Tabelle 1.

Veränderung der Volltagsarbeitsplätze von 1965 bis 1975 in Tausend:

Wirtschaftssektor 1 (Landwirtschaft)	- 80
Wirtschaftssektor 2 (Industrie, Gewerbe, Handwerk)	- 217
Wirtschaftssektor 3 (Dienstleistungen)	+233
Total	- 64

Bei der Entwicklung des Dienstleistungssektors (Sektor 3) schlägt sich der Anstieg der Beschäftigten von 1965 bis etwa 1974 in den Betriebszählungsergebnissen noch voll nieder. Seit 1974 ist jedoch auch in diesen Branchen die Entwicklung stagnierend oder rückläufig. Die jährlichen Schwankungen werden aus der Betriebszählung zwar nicht ersichtlich, aufgrund des Beschäftigungsindex kann jedoch errechnet werden, dass von 1974 bis 1976 auch im Dienstleistungssektor etwa 60'000 Arbeitsplätze vernichtet wurden (inklusive Teilzeitbeschäftigte).

In den nächsten Jahren werden die Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sicherlich wieder etwas zunehmen, wenn auch nicht mehr mit den Wachstumsraten wie in den sechziger Jahren und mit beträchtlichen Verschiebungen innerhalb der einzelnen Branchen. Der industrielle Sektor (Sektor 2) umfasst die Industrie, das Baugewerbe und das Handwerk und weist in Tabelle 1 einen enormen Rückgang an Beschäftigten auf. Für die Baubranche und die Industrie verfügen wir über etwas bessere Statistiken, an denen auch die jährliche Veränderung der Arbeitsplätze abzulesen ist.

Der Zusammenbruch des Baumarktes stand am Anfang der Rezession, wobei die Folge einer sich langfristig auswirkenden Strukturkrise (bedingt durch die vorhergehende künstliche Überhitzung des Baumarktes) und das allgemeine Sinken der Investitionsbereitschaft der Unternehmer zusammentrafen. Die von 1973 bis 1976 abgebauten Arbeitsplätze im Bau (mindestens 120'000, allein im Bauhauptgewerbe 81 225) werden kaum je wieder geschaffen werden. Alle bisher gemachten Untersuchungen über die Perspektiven des Baumarktes rechnen nicht mit einem wesentlichen Anstieg des Bauvolumens vor 1980. Auch danach wird das Wachstum dieser Branche kaum so kräftig sein, dass wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, so dass sich die Beschäftigtenzahl mittelfristig ungefähr auf dem Niveau von 1977 stabilisieren wird.

Die Beschäftigtenzahl der wichtigsten Industriebranchen veränderte sich folgendermassen:

Tabelle 2

Veränderung der Arbeitsplätze in den wichtigsten Industrien (laut Industriestatistik):

Wirtschaftsgruppe	Veränderung	Veränderung
	1967 bis 1973 in Prozent	1973 bis 1975 in Prozent
Maschinen	- 7,2	- 5,6
Metall	- 4,6	-15,9
Chemie	+16,8	- 2,8
Uhren	- 12,9	- 18,4
Graphisches Gewerbe	- 0,7	- 12,6
Bekleidung	-23,6	-21,5
Textil	-22,8	-18,9
Nahrungs- und Futtermittel	- 4,4	- 7,8
Holz und Kork	- 9,5	- 22,5
Steine und Erden	- 8,1	- 24,0
Ganze Industrie	- 7,6	- 12,2

Die Tabelle zeigt deutlich, dass die Strukturschwächen einzelner Branchen bereits vor 1973 aufbrachen: so verzeichneten namentlich die Textil-, Bekleidungs- und Uhrenindustrie beträchtliche Einbussen an Arbeitsplätzen von 1967 bis 1973. Insgesamt gesehen erreichten die Beschäftigtenzahlen der Schweizer Industrie schon in den Jahren 1969/70 ihren Höhepunkt und nahmen von diesem Jahr an wieder ab.

1 Es kann hier nicht weiter auf die Ursachen der Baukrise eingegangen werden. Der Autor hat dies an anderer Stelle versucht, vgl.: Die Krise im schweizerischen Baugewerbe und ihre Hintergründe, Das Konzept Nr. 11, 20. November 1975.

Tabelle 3

Beschäftigte in der Industrie (gemäss Industriestatistik, welche über 80 Prozent der in Industrie und Handwerk Beschäftigten erfasst).

Jahr	Beschäftigte	Index 1966 = 100)
1966	881 571	100
1967	881 593	100
1968	876 967	99
1969	882 414	100
1970	879 889	100
1971	873 182	99
1972	848 417	96
1973	814 269	92
1974	805 237	91
1975	714 897	81
1976	663 200	73

Die eigentliche Trendumkehr in der Industrie geschah also bereits um das Jahr 1970 herum. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Industrie als ganzes bereits 1970 in die Krise geriet, denn die Umsatz-, Produktivitäts- und Profitentwicklung war bis 1973 in den wachstumsstarken Branchen noch günstig. Das Wachstum der industriellen Produktion reichte jedoch unter dem Strich bereits nicht mehr aus, um die durch Rationalisierung, Unternehmungskonzentration und Strukturverschiebungen vernichteten Arbeitsplätze wieder zu ersetzen.

Niedrige Erwerbsquote - längerfristige Sockelarbeitslosigkeit.

Die Entwicklung der sechziger Jahre war dadurch gekennzeichnet, dass die Arbeitsplatzzahl durch die Hochkonjunktur schneller anstieg als der Anteil der Erwerbswilligen an der Bevölkerung. Zwar wurden arbeitssparende Rationalisierungen vorgenommen; doch das Produktionsvolumen wuchs so schnell, dass trotzdem viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten (das heisst die Erweiterungsinvestitionen waren grösser als die Rationalisierungsinvestitionen). Zudem bestand für die Schweizer Wirtschaft die Möglichkeit, ausländische Arbeitskräfte in grösser Zahl zu importieren. Dadurch wurde die «natürliche» Erwerbsquote¹ künstlich hochgedrückt und den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst. Der eigentlich beschränkende Faktor während dieser Periode war die Anzahl der Arbeitswilligen. Die Erwerbsquote hat aber die Tendenz sich an die Arbeitsplatzentwicklung anzupassen.

Die Entwicklung in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird umgekehrt verlaufen. Anhand der Altersstruktur der Bevölkerung lässt sich zeigen, dass der Anteil der Arbeitswilligen bis etwa 1990 noch leicht ansteigen wird. Auf der anderen Seite wird die Arbeitsplatzzahl im ersten und zweiten Sektor weiter abnehmen. Die Schweizer Industrie, deren Produktivitätszuwachs in den letzten Jahren hinter demjenigen anderer kapitalistischer Länder lag (die Exportindustrie konnte sich dies dank der Subventionierung durch den künstlich überhöhten Wechselkurs leisten) wird in Zukunft vermehrt rationalisieren müssen, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Für die BRD wurde errechnet, dass allein durch die forcierte Einführung der Elektronik in den nächsten Jahren etwa drei Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Bekannt ist das Beispiel der Lichtsatz-Composer, die in der Druckindustrie zukünftig Tausende von Facharbeitern ersetzen werden. Auch werden multinationale Gesellschaften (zum Beispiel in der Chemiebranche) in den nächsten Jahren vermehrt Produktionsanlagen in Niedriglohnländer verlegen, da dort profitablere Bedingungen vorhanden sind.

Im Dienststellenbereich können die Arbeitsplätze zwar wieder etwas zunehmen, aber auch hier sind zahlreiche Rationalisierungsmassnahmen abzusehen. Zu denken ist hier an die Einführung von Computersystemen in den Banken oder Schreibautomaten, die in Zukunft zahlreiche kaufmännische Angestellte ersetzen werden. Insgesamt gesehen werden in den nächsten Jahren die Rationalisierungsinvestitionen die Erweiterungsinvestitionen übersteigen (im Gegensatz zu den sechziger Jahren) und die Arbeitsplätze werden längerfristig auf dem heutigen Niveau bleiben oder sogar weiter zurückgehen. Das bedeutet, dass sich in der Schweiz eine Schere auftun wird zwischen der Anzahl der Arbeitswilligen und der Entwicklung der Arbeitsplätze, so dass langfristige Arbeitsplatzdefizite entstehen. Die Erwerbsquote wird sich dann gegen unten anpassen müssen und zwar durch verschiedene Mechanismen:

- Der markanteste Unterschied zur Vergangenheit wird sein, dass auch die Schweiz für die Zukunft mit einer ständigen Sockelarbeitslosigkeit rechnen muss.
- Es werden weiterhin ausländische Arbeitskräfte nach Hause geschickt. (Das wird die Schweizer Unternehmer nicht davon abhalten, grössere Fremdarbeiterkontingente zu fordern, wenn es in gewissen Branchen zu kurzfristigen Knappheiten kommt!.
- Die Frauenerwerbsquote (Zweitverdiener) wird sinken.
- Die Jugendarbeitslosigkeit wird steigen, da der Anteil der neu ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen bis in die achziger Jahre zunimmt.
- Regional gesehen wird die Abwanderung von Erwerbstätigen in die Agglomerationen noch zunehmen.

Zudem wird die zukünftige Entwicklung noch mehr als früher geprägt sein durch Branchenkrisen und durch einen beschleunigten Konzentrationsprozess, so dass vermehrt strukturelle Arbeitslosigkeit auftritt und immer mehr Arbeitnehmer gezwungen werden, eine andere als die gelernte Arbeit anzunehmen; dies wird in vielen Fällen eine weniger qualifizierte Arbeit sein.

Regionale Unterschiede verschärfen sich.

Die Verschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren und die ungleiche Arbeitsplatzentwicklung in den einzelnen Branchen wirken sich regional besonders stark aus. Entwicklungsschwache Gebiete zeichnen sich in der Regel durch einen relativ hohen Anteil des industriellen Sektors aus. Innerhalb dieses Sektors überwiegen dann oft strukturschwache Branchen. Jene Berggebiete, die über einen hohen Anteil des relativ stabilen Fremdenverkehrs verfügen, seien hierausgenommen. In den städtischen Agglomerationen hingegen überwiegen entwicklungsgünstige Branchen.

Diese strukturellen Unterschiede führten neben einem regionalen Gefälle von Löhnen und Volkseinkommen auch zu alarmierenden Unterschieden in der Arbeitsplatzentwicklung der letzten Jahre. Leider werden in der Schweiz nicht einmal die wichtigsten wirtschaftlichen Rahmendaten regional erfasst. Vergleicht man jedoch die Betriebszählungsergebnisse von 1965 und 1975, so lassen sich gewisse Schlüsse über die Bedeutung der regionalen Beschäftigungsentwicklung ableiten. Tabelle 4 vergleicht die Entwicklung der Agglomerationskantone mit einigen strukturschwachen Kantonen:

Tabelle 4.

Veränderung der Arbeitsplätze von 1965 bis 1975 in ausgewählten Kantonen:

Kanton	Veränderung von 1965 bis 1975 in %
Genf	+ 12,9
Zürich.....	+ 1,0
Basel-Stadt.....	- 1,2
Bern	- 5,1
Solothurn	- 11,0
Schaffhausen	- 12,0

Thurgau	- 13,3
Appenzell (AR)	- 16,3
Glarus	-16,4

' Es ist bezeichnend, dass in der Schweiz die - auch politisch - hoch brisanten Zahlen über kantonale Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung nur von einer privaten Grossbank geschätzt, nicht aber durch die statistischen Ämter erhoben werden!

Da das Arbeitsplatzangebot eine der wichtigsten Ursachen des Wanderungsverhaltens der Wohnbevölkerung ist (neben der Siedlungsattraktivität) muss angenommen werden, dass diese ungleiche Entwicklung zu einem grossen Teil dazu beitrug, dass gewisse Gebiete sich entleert haben und die Wohnbevölkerung sich in den grossen Agglomerationen konzentriert hat. Bei der räumlichen Verteilung versagt die Marktwirtschaft total: Kapitalströme fliessen am ehesten in die profitablen Zentren und somit konzentrieren sich dort auch die Arbeitsplätze. Die Bevölkerung zieht nach. In den strukturschwachen Gebieten verbleiben vor allem Branchen mit ungünstigen Entwicklungsaussichten, die auf ein niedriges Lohnniveau angewiesen sind. Der Arbeitsmarkt in diesen Gebieten wird kleiner und die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von einigen wenigen Betrieben wird noch grösser. In den Agglomerationen steigen die Probleme der Siedlungsentwicklung: Umweltverschmutzung, längere Arbeitswege und Knappheit an billigen Wohnungen.

Die wenigen neuen Betriebe und Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahren noch geschaffen werden, konzentrieren sich auf Branchen mit hohen Ansprüchen an das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und viel technisches Wissen, da solche Betriebe im Wirtschaftsraum Schweiz in Zukunft noch die besten Kapitalverwertungsbedingungen vorfinden werden. Besonders für diese Branchen sind jedoch die Bedingungen in den Agglomerationen viel günstiger (grösser Arbeitsmarkt für qualifiziertes Personal, gute Infrastruktur für Forschung und Entwicklung, viele Dienstleistungsbetriebe). Der oben dargestellte Konzentrationsprozess wird also ohne Zweifel auch in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation und abnehmenden Arbeitsplatzziffern weitergehen. Die Gewerkschaften haben allen Grund, sich gegen eine solche ungleiche Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmer zu wehren.

Ungleiche Entwicklung einzelner Arbeitnehmerkategorien.

Die kommenden Strukturveränderungen werden vor allem zwei Prozesse beschleunigen:

- Der allgemeine Trend zum Weisse-Kragen-Arbeiter wird sich fortsetzen. Der Dienstleistungssektor, der 1965 erst einen Anteil von 39,8 Prozent der Beschäftigten aufwies, erreichte 1975 bereits einen Anteil von 49,4 Prozent. 1975 gab es damit im Dienstleistungssektor schon 137000 Berufstätige mehr als im industriellen Sektor. Zudem wird sich der Trend zur forschungsintensiven Produktion auch in der Industrie fortsetzen, womit auch in diesem Sektor der Anteil der Spezialisten, Techniker und Wissenschaftler noch steigen dürfte.
- Auf der anderen Seite wird der technische Fortschritt bewirken, dass durch die Einführung der Elektronik auf verschiedenen Gebieten Facharbeiter durch Angestellte ersetzt werden. In der Produktion verrichten dann diese Angestellten Überwachungsaufgaben, für welche sie nur angelehrt werden müssen. Sie brauchen also keine spezielle Qualifikation.

Bedingt durch den hohen Anteil der Angestellten an der Arbeitnehmerschaft und der sich abzeichnenden längerfristigen Krisenentwicklung in der Schweiz werden jedoch die Angestelltenkategorien in Zukunft auch mehr von Arbeitslosigkeit, Lohn- und Leistungsdruck betroffen sein als in der Vergangenheit, Es zeichnet sich hier eine zunehmende Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerkategorien ab.

In der Arbeitslosenstatistik vom Februar 1977 weist die Angestelltenkategorie „Verwaltung, Büro, Handel“ bereits die meisten Erwerbslosen auf. Die technischen Angestellten folgen dann nach der Metall- und Maschinenindustrie bereits an dritter Stelle. Für die BRD wurde errechnet, dass in Zukunft für Hoch- und Fachschul-(HTL)Absolventen beträchtliche Arbeitsplatzdefizite entstehen werden. So rechnet man für 1990 zum Beispiel mit einem Überschuss an Architekten und Bauingenieuren von 11'000, an Elektroingenieuren von etwa 77'000 usw.

Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass sie sich den Angestelltenkategorien vermehrt annehmen müssen. Die Entwicklung zur Industriegewerkschaft muss vorangetrieben werden. Das Heer von heute sehr schlecht organisierten Kaderberufen, EDV-Personal, Technikern, Weisse-Kragen-Hilfskräften und Akademikern, das sich in Zukunft noch vermehren, gleichzeitig jedoch zunehmend Privilegien verlieren wird, muss erkennen, dass die einheitliche Organisierung in der Gewerkschaft längerfristig bessere Voraussetzungen zur Lösung der auf uns

zukommenden Probleme bietet. Die Tatsache, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund heute bereits dreimal mehr Angestellte organisiert hat als die Angestelltenverbände, zeigt, dass dieser Weg möglich ist.

Gewerkschaftliche Alternativen.

Es ist angesichts der zu erwartenden Entwicklung äusserst wichtig, dass die Gewerkschaften Konzepte für eine längerfristige Beschäftigungspolitik entwickeln. Hier seien nur einige Möglichkeiten angedeutet, auf welche sich ein solches Konzept stützen könnte:

Senkung des Arbeitsvolumens.

Die durch Rationalisierung ständig steigende Produktivität je Arbeitskraft ruft bei einem Überschuss an Arbeitskräften nach einer Verringerung des Arbeitsvolumens. Von gewerkschaftlicher Seite muss hier der Kampf um die Einführung der 40-Stunden-Woche im Vordergrund stehen. Modellrechnungen aus der BRD zeigen, dass durch eine Arbeitszeitverkürzung von 10 Prozent mittelfristig zwischen 5 bis 7 Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Weitere Möglichkeiten zur Verminderung des Arbeitsvolumens sind die Herabsetzung des AHV-Alters, beziehungsweise die Einführung einer flexiblen Altersgrenze und die Verlängerung der Ausbildungszeit. Letztere Massnahme sollte dafür verwendet werden, um den Jugendlichen eine breitere Grundausbildung zu verschaffen, damit sie gegen die durch Strukturveränderungen aufgezwungene höhere Berufsmobilität besser gewappnet sind.

Vermehrte Mitbestimmung bei der privaten Investitionstätigkeit.

Gerade die grossen regionalen Entwicklungsunterschiede aber auch die Tendenz der europäischen Grossunternehmungen, Produktionen in Niedriglohnländer zu verlegen, zeigen, dass diesen Problemen nur beizukommen ist, wenn die Möglichkeiten zur direkten und indirekten Beeinflussung und Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit ausgeweitet wird. Insbesondere die Tatsache, dass auch der Bund im Zusammenhang mit der Uhrenindustrie die Möglichkeiten einer Einflussnahme auf die Wirtschaftsstruktur prüft, weist auf kommende Veränderungen hin. Die Gewerkschaften müssen versuchen, eine Beeinflussung privater Unternehmerentscheide im Interesse der Arbeitnehmer auf Kantons- und Bundesebene durchzusetzen.

Bei Rationalisierungs- und Konzentrationsbestrebungen ist nach wie vor die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer entscheidend. Auf dieser Ebene kann der technische Fortschritt so gelenkt werden, dass auch beschäftigungspolitische Anliegen berücksichtigt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Gewerkschaften gewisse Richtlinien über die technologische Entwicklung in einzelnen Branchen erarbeiten, die dann von den Arbeitnehmervertretern in den Betrieben verwendet werden können.

Politik gegenüber dem staatlichen Sektor der Wirtschaft.

Der staatliche Sektor beschäftigt heute schon einen grossen Teil der Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich. Bereits zeichnen sich auch hier (zum Beispiel im Erziehungssektor) Beschäftigungsprobleme ab. Angesichts der Sparübungen von Bund und Kanton ist zu bedenken, dass diese oft nicht nur eine Demontage von Sozialleistungen, sondern auch eine Gefährdung der Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich bedeuten. Die öffentlichen Dienstleistungen, die auch einen wichtigen Faktor für die Lebensqualität der Bevölkerung darstellen, dürfen deshalb nicht abgebaut, sondern sollen, wo immer vertretbar, noch ausgebaut werden.

Lohnpolitik.

Eine längerfristige Sockelarbeitslosigkeit und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt wird von den Unternehmern in Form einer aggressiveren Lohnpolitik ausgenützt werden. Bereits zeichnet sich wieder eine kräftige Erhöhung des Anteils der Gewinne am Volkseinkommen ab. Eine weitere Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung muss sich aber negativ auf den Absatz von Konsumgütern und Dienstleistungen auswirken, was die Stagnationstendenzen auf dem Binnenmarkt und somit auch die Beschäftigungsprobleme noch verschärfen dürfte. Die Gewerkschaften haben also allen Grund, sich dafür einzusetzen, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen nicht sinkt und Produktivitätsfortschritte in Form von höheren Löhnen (und Arbeitszeitverkürzung) an die Arbeitnehmer weitergegeben werden.

Hans Baumann.

Gewerkschaftliche Rundschau, Heft 5, Juni 1977, Seite 161ff.

Gewerkschaften > Arbeitsmarkt.1977-06-01.doc